

3964/J XX.GP

der Abgeordneten Gaugg
und Kollegen

an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten

betreffend Stellenabbau und Personalreduktion in der Verbundgesellschaft

Die jüngsten Entscheidungen in der Verbundgesellschaft sind vor allem dadurch gekennzeichnet, daß der Personalstand drastisch verringert wird. War schon zuvor eine Reduktion um 600 Stellen geplant, so soll es nun zu einer einschneidenden Verkleinerung der Belegschaft um gleich 1000 Arbeitnehmer kommen. Dies würde dazu führen, daß der Personalstand im Laufe der nächsten fünf Jahre um fast ein Viertel reduziert wird.

„Die Presse“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 4. März 1998: „Der Grund für die geplante Personalreduktion liegt laut Verbund-Vorstand Herbert Schröfelbauer am ‚Stand der Dinge im Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz‘.“ Diese Ausführungen können sinnvollerweise nur damit interpretiert werden, daß es im Bereich der Regierungstätigkeit beziehungsweise im legislativen Bereich Verzögerungen oder Versäumnisse gegeben hat, die jetzt in konkrete Arbeitsplatzverluste münden.

Hingegen kann die Berufung auf den „Stand der Dinge im Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz“ nicht als Umschreibung für ein betriebswirtschaftliches Erfordernis nach Stellenabbau verstanden werden - oder allenfalls unter der Annahme, daß das Vorstandsmitglied irreführende oder falsche Angaben gemacht hätte.

In letzterem Fall würde sich die Frage ergeben, seit wann eine so immense Unterauslastung des Personals der Verbundgesellschaft bestanden hat, daß die nunmehr geplante Reduktion offensichtlich keine nachteiligen Folgen für die Arbeitserledigung haben wird. Denn dieser Schritt kann nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die Tätigkeit in der Verbundgesellschaft auch mit dem künftig drastisch verkleinerten Personalstand uneingeschränkt wird vor sich gehen können.

Mit der Aussage, daß die bevorstehende Personalreduktion in der Verbundgesellschaft direkt auf den „Stand der Dinge im Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz“ zurückzuführen sei, ist letztlich auch gesagt, daß die betroffenen Arbeitsplätze ohne die Säumigkeit der Regierung beziehungsweise des Gesetzgebers erhalten geblieben wären. Somit wird die Regierung unmittelbar verantwortlich gemacht für die Kündigung von Arbeitnehmern und für die daraus resultierende Belastung des ohnehin schon schwer strapazierten Arbeitsmarktes in Österreich.

Daher richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten nachstehende

Anfrage:

1. Ist Ihnen die Berufung auf das Elektrizitätswirtschaftsgesetz als Begründung des Stellenabbaues in der Verbundgesellschaft bekannt?

Wenn ja, seit wann?

2. Wie schätzen Sie die Tatsache ein, daß nicht in erster Linie betriebswirtschaftliche Gründe für die Personalreduktion angegeben werden, sondern legislative und damit letztlich auch politische Gründe?

3. Wäre der geplante Stellenabbau in diesem Ausmaß auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht erforderlich gewesen, also dann, wenn es keine Versäumnisse im Gesetzgebungsreich gegeben hätte?

4. Wie beurteilen Sie die Säumigkeit der Regierung als Grund für eine weitere Verschlechterung der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt?

5. Welche Schritte planen Sie in unmittelbarer Zukunft, um die Belastung des österreichischen Arbeitsmarktes durch vormals in der Verbundgesellschaft tätige Mitarbeiter hintanzuhalten?

6. Welche Aktivitäten planen Sie zur Durchforstung des für das wirtschaftliche Prosperieren von Unternehmen relevanten Gesetzesbereiches, um prospektiv Versäumnisse zu verhindern, wie es sie laut Aussagen aus dem Verbundgesellschaftsvorstand im Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz: gegeben hat?

7. Auf welche Gesetzesbereiche werden sich, sofern sie geplant sind, solche Aktivitäten erstrecken?

8. Erblicken Sie in Versäumnissen auf Seiten der Regierung beziehungsweise des Gesetzgebers - insbesondere wenn sie in einen Stellenabbau münden - einen Anlaß, wirksame Maßnahmen für einen Fortschritt im Bürokratieabbau zu ergreifen?

Wenn ja: Mit welchen konkreten Schritten werden Sie jene verharrenden und rückwärtsgewandten politischen Kräfte, die offensichtlich auch trotz Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt durch Öffentliche Einwirkung die Vorkehrungen für Staatseingriffe möglichst unangetastet lassen wollen, von der Notwendigkeit eines Bürokratieabbaues zu überzeugen versuchen?

9. Wie beurteilen Sie im Lichte von Aussagen, durch welche die Regierung selbst als mitverantwortlich für Stellenabbau hingestellt wird, die Regierungsaktivitäten beziehungsweise den damit verbundenen zusätzlichen Verwaltungsaufwand für verschärfte Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit?

10. Auf welche Höhe belaufen sich die Bezüge jedes einzelnen Vorstandsmitgliedes der Verbundgesellschaft?

11. Welche Benefizien für Vorstandsmitglieder werden über die Gehälter hinaus (Dienstwagen et cetera) geleistet?

12. Wieviel beträgt die Entschädigung jedes einzelnen Aufsichtsratsmitgliedes?